

Corona-Programm der EU – ESM-Kredite mit Besicherungen?

Ausbeutung der Samariter

Wenn's um Geld geht, gibt's nur ein Schlagwort: „Mehr!“ Das wußte schon Börsenexperte André Kostolany – und so ist es auch beim 750-Milliarden-Programm „Next Generation EU“. 390 Milliarden Euro sollen als verlorene Zuschüsse, 360 Milliarden Euro als Kredite den Mitgliedstaaten zufließen. Hauptbegünstigter ist Italien, das 85 Milliarden als leistungslosen Transfer und 127 Milliarden Euro als rückzahlbaren Kredit bekommen soll, daneben Spanien (71 bzw. 67 Milliarden) und das von Corona nicht übermäßig betroffene Polen (27 bzw. 34 Milliarden).

Deutschland kann 47 Milliarden Euro an Zuschüssen erwarten, was – gemessen an seinem „fairen“ Anteil am Hilfspaket – einem Nettotransfer von 51 Milliarden Euro entspricht. Jeder Einwohner zahlt damit netto 620 Euro in die EU-Kasse, was der deutschen „next Generation“ fehlen dürfte. Hinzu kommen deutsche Garantien von 190 Milliarden Euro für den Fall, daß einzelne EU-Staaten den Kredit nicht



VON DIRK MEYER

»Immobilien, Infrastruktur und Firmenbeteiligungen in ein Sondervermögen auslagern.«

Verschuldungsregeln, ein bestehender Kapitalmarktzugang und die hohen Privatvermögen lassen Italien nicht als bedürftig erscheinen.

Wenn Hilfen notwendig sind, sollten sie bei einstimmigem Beschluß aller Garantistaaten als Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vergeben, an Reformauflagen gebunden und mit staatlichen Vermögenswerten besichert werden. Der italienische Staat könnte Immobilien, Infrastruktureinrichtungen und Unternehmensbeteiligungen in ein Sondervermögen auslagern, das bei Kreditausfällen an die EU als Gläubiger zur Verwertung gehen würde.

Diese Auslagerung als Sondervermögen schafft Transparenz und erschwert Vetternwirtschaft und Korruption. Alternativ könnte das italienische Parlament eine Vermögensgabe „auf Vorrat“ beschließen, die im Falle einer Staatsinsolvenz zur Bedienung der ESM-Kredite verwendet würde. Die Bürger würden nach Rechtfertigung verlangen und unwirtschaftlichen, kreditfinanzierten Veraus-

gaben Widerstand entgegenzusetzen. Denn gerade in Italien drohen die Hilfen in alten Strukturen zu versickern. Solidarität – das Einstehen im Notfall auf Gegenseitigkeit – hat Eigenvorsorge und die Einhaltung entsprechender Regeln zur Voraussetzung. Wenn diese nicht erfüllt sind, mutiert Solidarität zur Ausbeutung der Samariter.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

1.940 Dollar pro Unze – Höhenflug des Goldpreises geht weiter

Politische Engpässe

Von Thorsten Polleit

Der Goldpreis hat zu Wochenanfang mit 1.940 Dollar ein neues Rekordhoch markiert. Aber warum? Nach wie vor gibt es im Goldmarkt, bedingt durch die Lockdown-Krise, Produktions- und Lieferengpässe. Das knappe Angebot trifft Privatanleger wie Profis auf den Futures-Märkten und der Comex in New York. Ein Gold-Future ist ein Vertrag, eine bestimmte Menge Feingold an einem bestimmten Datum zu kaufen („long“) oder zu verkaufen („short“). Im März gab es bereits Sorgen, die Lieferansprüche auf physisches Gold könnten nicht voll erfüllt werden. Daraufhin schnellte der Preis für gegenwärtig verfügbares Gold in die Höhe gegenüber dem Preis des Goldes für künftige Lieferungen.

Nun deutet sich an, daß immer mehr fällige Futures-Kontrakte zu einer tatsächlichen physischen Auslieferung des Goldes führen. Ganz offensichtlich schätzen die Investoren zusehends das Halten von physischem Gold gegenüber einem „Papieran-spruch“ auf Gold. Hinter all dem

verbergen sich die wachsenden Probleme im internationalen Schuldgeldsystem. Die großen Zentralbanken haben die Zinsen heruntergedrückt, und sie sorgen für hohe Zuwachsraten der umlaufenden Geldmengen. Dadurch wollen sie die Konjunktoren und die Schuldner stützen – doch das ist eine inflationäre Geldpolitik. Anleger und Investoren erkennen, daß die anschwellenden Geldmengen die Güter- und/oder die Vermögenspreise in die Höhe treiben werden.

Die Kaufkraft von Dollar, Euro & Co. bleibt dabei auf der Strecke. Eine Möglichkeit, sich der Geldentwertung zu entziehen, ist das Halten von Gold. Und weil kein Ende dieser Geldpolitik abzusehen ist, wird der Höhenflug des Goldpreises wohl weitergehen. Und die Geschehnisse an den Gold-Futures-Märkten sollten die Anleger ermutigen, auf physisches Gold zu setzen, nicht auf Papiergold in Form von ETFs oder ETCs.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirtschaftler und Präsident des Mises-Instituts.

„Erst wenn's fehlt, fällt's auf“

Pharmaindustrie: Der internationale Handel mit Blut und Blutprodukten bleibt ein lukratives Geschäft

PAUL LEONHARD

Gräf Dracula ist beim Deutschen Roten Kreuz zu neuen Ehren gekommen. Auf der Jagd nach Freiwilligen organisieren die Blutspendendienste seit 2004 um den 14. Juni herum, den Weltblutspendetag, sogenannte Vampirnachmittage. Das halten die DRK-Vorstände offenbar für trendy genug, um die junge Generation anzusprechen. Der Spendetag ist eine Reminiszenz an den Medizinnobelpreisträger, Entdecker des ABO-Blutgruppensystems und des Rhesusfaktors Karl Landsteiner, der an diesem Tag im Jahr 1868 in Baden bei Wien geboren wurde.

Der Erfolg des Weltblutspendetags hielt sich auch in diesem Jahr in Grenzen. Deswegen ist die DRK-Kampagne „#missingtype – Erst wenn's fehlt, fällt's auf!“ weiterhin hochaktuell. Täglich werden in Deutschland etwa 14.000 Blutspenden benötigt. Die regelmäßigen Alarmmeldungen in der Urlaubszeit, bei Grippeperioden oder in der gegenwärtigen Corona-Pandemie über Engpässe bei Blutkonserven lösen kaum noch Reaktionen aus. Während des Corona-Shutdowns im Mai sollen in der Kühlkammer des DRK-Nordost am Charité-Campus in Berlin-Steglitz lediglich noch „Vorräte für einen halben Tag“ gelegen haben, wie die zuständige DRK-Sprecherin Susanne von Rabenau gegenüber dem Sender RBB beklagte.

Schweizer Blutprodukte für 18,8 Milliarden Franken

Blutkonserven seien nicht nur in Berlin und Brandenburg, sondern in ganz Deutschland Mangelware, und das obwohl die Krankenhäuser ihre Operationen im April und Mai zurückgefahren hatten. Auch ohne Corona-Einschränkungen spenden nur noch knapp drei Prozent der Bevölkerung Blut. Um die Versorgung mit Blutpräparaten langfristig zu sichern, müßten es sechs Prozent sein. Spenden könnte nach DRK-Angaben etwa jeder dritte Bundesbürger. In der Regel sollte der Spender gesund und 18 bis 68 Jahre alt sein.

„Spende Blut, rette Leben“ – diese kurze Losung, die einst Hunderttausende Deutsche überzeugte, um jahrzehntelang die Blutspendezentren des Landes aufzusuchen, verfährt nur noch in ländlichen Regionen, wo Ehrennadeln



FOTO: IMAGO/OLIVER SIMON

Laborantin mit zentrifugierten Blutkonserven an einer Anlage zur Filterung von roten Blutkörperchen im Zentrum für Transfusionsmedizin in Ratingen: Täglich werden etwa 14.000 Blutspenden benötigt

für langjähriges Blutspenden so wichtig sind wie die Medaillen der Sportvereine oder der freiwilligen Feuerwehr. In den Groß- und Universitätsstädten sind die Zeiten längst vorbei, als die Bürger aus selbstverständlicher Solidarität und Generationen von Studenten, um ihre mageren Stipendien aufzubessern, sich zur Ader nehmen ließen. Und das hat auch ökonomische Gründe.

Mit den Aufwandsentschädigungen war es ab 1997 vorbei, als sich die EU-Staaten in einem gemeinsamen Abkommen gegen die Kommerzialisierung des menschlichen Körpers aussprachen. Niemand sollte aus der Not heraus sein Blut verkaufen müssen. Fortan zahlte das Rote Kreuz kein Geld mehr. Es begnügt sich damit, den Spendern belegte Brötchen, Getränke und Spendennadeln anzubieten. Dabei ist der Handel mit Blut ein lukratives Geschäft geblieben. Draculas Schloß, um im Bild zu bleiben, liegt dabei allerdings nicht in Rumänien, sondern in der Schweiz. Die Eidgenossenschaft exportiert mehr Blutprodukte als Uhren. Mit 18,8 Milliarden Franken Einnahmen liegt die Alpenrepublik nach den USA weltweit auf dem zweiten Platz. In Deutschland liegt der Umsatz

mit Blutprodukten bei jährlich etwa 500 Millionen Euro.

Verarbeitet wird aber nicht nur das Blutplasma der Schweizer Medizinunternehmen, sondern auch Importe aus Deutschland und Ungarn sowie – mit fast 70 Prozent Anteil – aus den USA. Selbst das ständig devisenklamme SED-Regime verkaufte seit Anfang der 1980er Jahre gespendetes Blut ihrer Bürger nach Bern, wo es verarbeitet und weiter nach Westdeutschland, Österreich oder Italien veräußert wurde. Das erfolgte unter strengster Geheimhaltung – ähnlich wie die klinische Prüfung von westlichen Medikamenten an unwissenden DDR-Bürgern. Organisiert wurde der Blutdeal vom DDR-Geheimhandelsbereich „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) unter Stasi-Oberst Alexander Schalck-Golodkowski. Insgesamt 115.000 Liter Blutplasma und 50.000 Einheiten Erythrozytenkonzentrat sind noch 1989 in den Westen geliefert worden.

Zahlung einer geringen Aufwandsentschädigung

Heute erhält das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) zwei Rappen (knapp zwei Cent) für einen Tropfen Blut. Das sind 170 Franken für einen 450-Milliliter-Beutel mit Blut. Abnehmer sind die Krankenhäuser, vor allem aber Pharmakonzern CSL Behring, der ursprünglich 1904 vom Nobelpreisträger Emil von Behring in Marburg gegründet wurde. Pharmafirmen interessieren sich insbesondere für das Blutplasma mit seinen wertvollen Wirkstoffen wie Albumin und Immunglobuline, die für die Produktion von Medikamenten wichtig sind. 64.000 Liter Plasma verkaufte das SRK 2017 an die Pharmaindustrie, die zudem noch die Preise diktiert und nur ein Fünftel der Summe bezahlt, die das Plasma den Krankenhäusern kostet. Die Krux ist, daß das von der Transfusionsmedizin nicht abgenommene

Plasma ohne die Pharmaindustrie als Sondermüll teuer entsorgt werden müßte, wie Anita Tschaggelar, Leiterin des Blutspendendienstes des SRK, beklagt.

Während in der ansonsten eher marktwirtschaftlichen Eidgenossenschaft keine kommerziellen Blutspendendienste zugelassen sind, haben sich diese in Deutschland neben dem DRK und 75 staatlich-kommunalen und universitären Blutspendendiensten etabliert. Diese werben wie der Leipziger Blutspendendienst Haema erfolgreich mit der Zahlung einer Aufwandsentschädigung, was sie vor allem für ärmere junge Menschen interessant macht. Gedeckt ist das durch das deutsche Transfusionsgesetz. Nach diesem kann eine Aufwandsentschädigung gewährt werden, „die sich an dem unmittelbaren Aufwand je nach Spendeart orientieren soll“. Konkret sind das meist zehn bis 28 Euro bei der Vollblut- und zwischen 25 und 40 Euro bei einer Plasma- oder Thrombozytenspende.

Obwohl das DRK weiterhin der Forderung des EU-Rates nach einer nichtbezahlten, freiwilligen und zweckfreien Blutspende folgt und Spender lediglich mit einem Imbiß entlohnt, liegt sein Anteil bei den im Vergleich zu den Plasma- weniger lukrativen Vollblutspenden noch bei 70 Prozent. Um diesen Anteil auch ohne Kommerzialisierung des Blutes zu halten, könnte ein Blick auf andere europäische Staaten lohnenswert sein. In der Tschechei erhalten beispielsweise Blutspender von ihren Krankenkassen Gutscheine für Massagen oder Saunabesuche, in Polen gibt es Steuervergünstigungen und, wie auch in Italien, einen arbeitsfreien Tag. In Rußland werden Spender mit vergünstigten Aufenthalten in Sanatorien oder Kurorten motiviert.

Blutspendekampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: blutspenden.de/blut-und-plasmaspende www.drk-blutspende.de/kampagne-missingtype2020

Verträglichkeiten von Spenderblut

Blutgruppe	
kann spenden für:	kann erhalten von:
0- 0+ A- A+ B- B+ AB- AB+	0- 0+ 0- 0+ 0- A- 0- 0+ A- A+ 0- B- 0- 0+ B- B+ 0- A- B- AB- 0- 0+ A- A+ B- B+ AB- AB+

Geld ist Freiheit
Prof.-Börsen-Coaching
www.FXAG.Pro

Der Personal-Joker für Ihr Führungsteam!
Ob in Vertrieb, Organisation, Personal oder Einkauf, für Handel/Großhandel, Handwerk, Bau, Immobilien, Beratung, überall „zu Hause“ und stets präsent.
Unternehmerisches Denken gepaart mit Teamfähigkeit, wertkonservativ u. -schätzend, verantwortungsvoll und loyal, mit langjähriger Führungserfahrung.
Sucht eine neue spannende Aufgabe in verantwortlicher Position, bevorzugt in Nord- oder Ostdeutschland.
Ich freue mich auf Ihre Antwort! Chiffre 2906/2020

WERBEWIRKUNG? SCHWEINEGÜNSTIG!
Kleinanzeigen in der JF - Herr Beck
beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon 030 - 86 49 53 - 67

Wir suchen Verstärkung
Alternative Deutschland | AfD-FRAKTION
IM LANDTAG SACHSEN-ANHALT

Referent/in für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Aufgaben

- Verfassen und Abstimmen von Texten für Print und Online (Pressemittelungen, Newsletter, Fraktionszeitung, Broschüren, Homepage, Reden, Grußwörter)
- Ansprechpartner für Journalisten und die Abgeordneten der AfD-Fraktion in allen presserelevanten Angelegenheiten
- Recherche und Aufbereitung von Hintergrundinformationen
- Beobachtung und Evaluierung der aktuellen Presselage Off- und Online
- Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von Pressekonferenzen, Pressegesprächen, Fraktionsveranstaltungen etc.
- Fotografieren und Bildbearbeitung

Voraussetzungen

- Abgeschlossenes Studium im Bereich Journalismus, Medien- oder Kommunikationswissenschaften und/oder vergleichbare praktische Berufserfahrung im Bereich Journalismus
- Ausgeprägte Sprachkompetenz und Textsicherheit, sehr gute Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse
- Freude am Schreiben und journalistisches Talent
- Rasche Auffassungsgabe und Interesse an Politik und politischer PR

Ihre Bewerbung senden Sie bitte vorzugsweise per E-Mail an: bewerbung@afdfraktion-lsa.de oder per Post an: **AFD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt**, Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg

Wir suchen Verstärkung
Alternative Deutschland | AfD-FRAKTION
IM LANDTAG SACHSEN-ANHALT

Referent/in für Wissenschaft, Bildung und Kultur

Aufgaben

- Aufarbeitung von Fachthemen im Bereich Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Erstellen von Expertisen, Anträgen und Gesetzesentwürfen für die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
- Bewertung von Zusammenhängen und eine gründliche Recherche komplexer Vorgänge

Voraussetzungen

- Abgeschlossenes Studium
- Erfahrung in der Schul- und/oder Hochschulverwaltung
- Kenntnisse in Schul- und Hochschulrecht
- Rasche Auffassungsgabe und Interesse an Politik
- Guter und allgemein verständlicher Schreibstil

Ihre Bewerbung senden Sie bitte vorzugsweise per E-Mail an: bewerbung@afdfraktion-lsa.de oder per Post an: **AFD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt**, Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg